

Hamburg, d. 5.11.1986

Presseerklärung zu den Wahlen in Hamburg

Wir dürfen am 9. November nicht mitwählen!

- Mete Duyar, Sozialberater, seit 23 Jahren in Hamburg
- Ali Riza Demir, Werftarbeiter, seit 20 Jahren in Hamburg
- Ayse Yildirim, Bankkauffrau, seit 20 Jahren in Hamburg
- Mümin Gülec, Textilarbeiter, seit 17 Jahren in Hamburg
- Sahin Caymaz, Selbständiger, seit 17 Jahren in Hamburg
- Nurten Mustu, Versicherungsangestellte, seit 17 Jahren in Hamburg
- Sevki Özhan, Ingenieur, seit 23 Jahren in Hamburg
- Ali Kurtuldu, Dreher, seit 18 Jahren in Hamburg
- Zülfü Coban, Mechaniker, seit 19 Jahren in Hamburg
- Döne Bagdas, Arbeiterin, seit 16 Jahren in Hamburg.

Jeder 10. Mitbewohner in Hamburg ist ein Einwanderer (Ausländer, der sich hier niedergelassen hat). In manchen Stadtteilen, vor allem in einigen Wohngebieten ist:

- jeder Zweite in St. Pauli,
- jeder Dritte in Veddel und St. Georg,
- jeder Fünfte in Harburg und Wilhelmsburg

ein Hamburger ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Wir werden inzwischen "Mitbürger" genannt. Die Mehrheit von uns wohnt und arbeitet seit über 10, 15 und 20 Jahren in Hamburg. Viele unserer Kinder sind als Hamburger geboren. Nunmehr sind wir in den Betrieben, Schulen, Kindertagesheimen und in den Wohngebieten ein fester Bestandteil der Bevölkerung dieser Stadt geworden.

Wir erfüllen alle staatsbürgerlichen Pflichten (außer Wehrpflicht):

- wir zahlen Steuern,
- wir zahlen Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Sozialversicherungsbeiträge und auch
- wir leisten mit unserer Arbeit und unserem Konsum einen wichtigen Beitrag für den Staat, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft.

Weshalb dürfen wir am 9. November 1986 nicht wie unsere Arbeitskollegen und Nachbarn wählen?

Weshalb dürfen wir nicht einmal über die auch uns direkt betreffenden Angelegenheiten im eigenen Wohnbezirk z.B. über Vorschul-, Schul-, Park- und Verkehrsfragen mitgestalten und mitentscheiden?

Wie lange noch werden 10, 20, 30, 40 oder sogar 50 Prozent der Mitbewohner in manchen Gemeinden vom Wahlrecht ausgeschlossen sein?

Mit welchem Demokratieverständnis und mit welchem Gebot der Demokratie ist diese Situation zu vereinbaren?

Weshalb können die durchaus guten Erfahrungen mit dem Kommunalwahlrecht in Schweden, Norwegen, Dänemark und in den Niederlanden nicht auch für die liberale Wahlstadt Hamburg als Vorbild für eine zukunftsorientierte Ausländerpolitik dienen?

Wir, rund 155.000 Einwohner in Hamburg, wollen bei den nächsten Wahlen zumindest auf Gemeindeebene mitwählen. Nur so wird die seit Jahren angekündigte "Integration" auch auf politischer Ebene realisiert werden können.

Wir erwarten von neuen politisch Verantwortlichen in Hamburg, daß sie in der nächsten Wahlperiode das Kommunalwahlrecht für Ausländer einführen.

Wir bitten die Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, wir bitten die Medien, uns bei unserem friedlichen Bemühen um gleiche Rechte in Hamburg zu unterstützen.



Prof. Dr. Hakki Keskin
(Sprecher)

*) Entstanden nach der Ermordung von Ramazan A v c i als Zusammenschluß von rd. 20 türkischen Vereinen mit unterschiedlichen politischen Orientierungen.